

AG Eifel-Mosel-Hunsrück in Bewegung
1. Vorsitzender
Karl-Gustav Kwasny
Hof Hahnenfuß
54539 Ürzig
fon 01732440802
e-mail: mosella16@aol.com

**BUND – Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland**
Bezirksbeauftragte Trier
Heide Weidemann
Hauptstr. 56, 54492 Erden
fon 06532-93146 fax – 92147

Offener Brief

Herrn
Bundeskanzler
Gerhard Schröder
Schlossplatz 1
10178 Berlin

Herrn
Ministerpräsident
Kurt Beck
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Herrn
Bundesverkehrsminister

Kurt Bodewig
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Herrn
Minister für Wirtschaft, Verkehr
Landwirtschaft und Weinbau
Arthur Bauckhage
Stiftstr. 9
55116 Mainz

Herrn
Bundesfinanzminister
Hans Eichel
Wilhelmstr. 97
10117 Berlin

Herrn
Finanzminister
Gernot Mittler
Kaiser-Friedrich-Str. 5
55116 Mainz

Die öffentlichen Haushalte sowie Bau und Finanzierung von Straßenbauvorhaben, in unserem Fall: Die B 50 neu

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Herren Bundes- und Landesminister,

die Medienberichterstattung der vergangenen Tage veranlasst uns, Ihnen allen
gemeinsam diesen Brief zu schreiben:

Es geht um

1. die Umsetzung des Europäischen Verkehrskonzeptes,
2. die notwendigen weiteren Einsparungen im Bundeshaushalt und
3. deren Rückwirkungen auf die Haushalte der Länder.

Es gibt sicher eine Reihe Projekte, die unter allen drei Gesichtspunkten der Betrachtung
wert sind, eins davon ist in unserer Region Eifel-Mosel-Hunsrück der geplante Bau der
Bundesfernstraße B 50 neu.

Zu 1: Aussagen aus dem „Weißbuch zur gemeinsamen EU-Verkehrspolitik“ klingen wirklich vielversprechend. Von einer „systematischen Verlagerung des europäischen Binnenverkehrs auf Schiene und Wasser ist da die Rede und: „Der Güterverkehr muss weg von der Straße“.

In einem im Trierischen Volksfreund am 11.02.2002 veröffentlichten Interview mit Verkehrsminister Bodewig fällt allerdings auf, dass seine Antwort auf Verkehrsprognosen, in denen „Experten den Personenverkehr um 20, den Güterverkehr sogar um 60 % wachsen sehen“, im wesentlichen lautet: Ausbau des Fernstraßennetzes vor allem außerhalb der Ballungsräume. In dem Zusammenhang weist er auf den zügigen Bau der B 50 neu hin – noch in diesem Sommer soll damit begonnen werden.

Dass noch eine Reihe Klagen vor dem Oberverwaltungsgericht anhängig sind, stört dabei nicht. Durch „Beschleunigungsgesetze“ ist dafür gesorgt, dass die Straßenbaubehörden die kraft Gesetzes sofort vollziehbaren Planfeststellungsbeschlüsse ohne Rücksicht auf den Ausgang anhängiger Verwaltungsprozesse umsetzen können.

Auch auf die Gefahr der Wiederholung möchten wir noch mal deutlich darauf hinweisen:

Für die Fernstraßenverbindung B 50 neu gibt es keine verkehrliche Notwendigkeit.

Das kann jeder leicht feststellen, der das offizielle Verkehrsgutachten zum Planfeststellungsverfahren (Vertec-Studie) beim Landesamt für Straßen und Verkehrswesen in Koblenz GENAU liest:

Nicht umsonst hat der Gutachter im Erörterungstermin zugegeben, dass dem Gutachten zum Teil unzutreffende Erhebungen zugrunde liegen.

Nicht umsonst wurde offensichtlich weder das noch ein Antrag, das Gutachten zu erneuern, zu Protokoll genommen geschweige denn, in die Tat umgesetzt.

Müssen wir den Widerspruch hinnehmen, dass die selbe Trassenführung als B 50 neu unverzichtbar sein soll, obwohl ihr vierspuriger Ausbau - als Teilstrecke der A60 im Bitburger Raum - mangels Verkehrsbedürfnis abgelehnt wird?

Müssen wir den Widerspruch hinnehmen, dass der Gedanke an Verkehrsvermeidung gar nicht erst auftaucht, obwohl Verkehrsminister Bodewig selbst sagt, dass „Mobilität im Kopf beginnt“?

Es ist kein Naturgesetz, dass Güter und lebende Tiere ohne Not quer durch den Kontinent transportiert werden!

Deshalb: Im Hinblick auf die Ziele der Europäischen Verkehrspolitik:

Der Bau der B 50 neu muss gestoppt werden.

Zu 2: Wenn ein „Blauer Brief“ aus Brüssel droht, dann muss selbstverständlich – wie Finanzminister Eichel mit Recht betont – alles daran gesetzt werden, das enorme Defizit des Bundeshaushaltes gegen Null zu fahren. Investitionen, deren Wert in keinem Verhältnis zu dem dafür notwendigen finanziellen Aufwand steht, dürften in einem solchen Haushalt eigentlich keinen Platz haben, auch wenn wie im Fall der B 50 neu im Moment „nur“ ca. 30 Millionen Euro für die 20%ige Anschubfinanzierung des privat finanzierten 2. Streckenabschnitts fällig werden.

Damit ist es nicht getan: Die Rechnung für den 1. Streckenabschnitt, der erst einmal vorfinanziert wird, lässt in Form des Schuldabtrags nicht lange auf sich warten. Und wenn eine komplette zusätzliche Fernstraßenverbindung, die auch eine komplette zusätzliche LKW-Spur mit den bekannt immensen Folgekosten bedeutet, entsteht, ist auf jeden Fall eins nachhaltig sicher: Gehörig höhere Unterhaltskosten. Wir können uns vorstellen, dass es noch eine Reihe weiterer Verkehrsprojekte gibt, für die Ähnliches gilt, von der B 50 neu wissen wir es!

**Deshalb: Im Hinblick auf das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes:
Der Bau der B 50 neu muss gestoppt werden.**

Zu 3: Die Ziele der Konsolidierung des Bundeshaushaltes schlagen auf die Länderhaushalte durch, auch in Rheinland-Pfalz, wo die Aussichten auf einen ausgeglichenen Haushalt bis 2004 ohnehin schon schlecht sind. Trotzdem hält Rheinland-Pfalz an seiner vor 10 Jahren erklärten Bereitschaft fest, sich an den Kosten der B 50 neu zu beteiligen, und will seinerseits eine 20 %ige Anschubfinanzierung aufbringen, obwohl es sich um eine Bundesstraße handelt.

Wir sagen: Wenn das Land schon in den Straßenbau unserer Region investieren will, dann so, dass die Region davon auch profitiert und nicht als Durchfahrtsland die Nachteile einer unsinnigen Fernstraße (siehe Brenner-Autobahn und ihre Folgen) ertragen muss. Vorschläge dafür, hauptsächlich durch den Ausbau vorhandener Verkehrswege, haben wir immer wieder gemacht und in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort ein Mediationsverfahren vorgeschlagen, um zu einer von allen getragenen Lösung zu kommen. Das wurde leider abgelehnt.

Herr Ministerpräsident Beck hatte uns vor der letzten Landtagswahl fest versprochen, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu sprechen. Sein Besuch steht noch aus!

Für eine gute Sache ist es nie zu spät! Wir würden es auch heute noch sehr begrüßen, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzten, um nach einer

landschaftsverträglicheren, sinnvolleren und kostengünstigeren Verkehrslösung zu suchen. Statt die „Moselberge“ ausgerechnet im Gebiet mit der größten geologischen Verwerfung zu durchschneiden, bietet sich doch ein Korridor an, den ~zeitgeschichtlich~ frühere Moselschleifen gebildet haben. Er ist Grundlage einer Streckenführung, die wir als Alternative (siehe www.b50neu.de) vorschlagen. Zudem wäre die Einbeziehung einer alten Römertrasse -bei gerader Streckenführung- ab dem Autobahnkreuz A 60/A 1 möglich.

Geben Sie mal einem unabhängigen Planungsbüro z. B. in Berlin den Auftrag, die bezüglich Ausbau und Verlauf günstigste Verbindung zu finden – unter Berücksichtigung der WAHREN Eckdaten zum Verkehrsaufkommen, sowie von Geologie und Topographie der Örtlichkeit: Wir sind sicher, dieser käme zu dem (fast) gleichen Ergebnis wie wir. Ohnehin fragen wir uns, warum stattdessen eine große Schleife über die Moselberge und den in Europa landschaftlich einmaligen „Moselhandschuh“ (Moselsporn) geplant wurde. Wollte da vielleicht jemand nur die größte Brücke Europas in die Landschaft bauen und hat so gar nicht erst nach einer vernünftigen Lösung gesucht oder diese großzügig übersehen? (Ausbaureife der L147 Mülheim-Monzelfeld)

Deshalb: Im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation des Landes Rheinland-Pfalz und aus Rücksicht auf die noch verhältnismäßig unzerstörte Landschaft unserer Region:

Die B 50 neu muss gestoppt werden.

Abschließend unsere herzliche Bitte, sich der Angelegenheit anzunehmen. Zur besseren Orientierung und für einen schnelleren Überblick fügen wir eine von uns zusammengestellte Synopse des Für und Wider die B 50 neu bei.

Mit herzlichem Dank im voraus und freundlichen Grüßen

Karl-Gustav Kwasny

AG Eifel-Mosel-Hunsrück in Bewegung

Heide Weidemann

Bezirksbeauftragte Trier des BUND

Durchschrift zur Kenntnis und mit der Bitte um Unterstützung
Bundestagsfraktionen Berlin & Landtagsfraktionen Mainz